

VORWÄRTS EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

RECHTZEITIG ZUR WAHL: DIE RENAISSANCE DER ÖFFENTLICHEN HAND

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes steht bevor. Noch gute zwei Monate bis zur Europa- und Kommunalwahl am 7. Juni – und wir können selbstbewusst sagen: Mit jedem Tag nehmen die Chancen für die SPD zu, an diesem Wahltag erfolgreich zu sein. Denn das, was manche in dieser Wirtschaftskrise die Sozialdemokratisierung der Politik und die Rückkehr eines handlungsfähigen Staates in Deutschland nennen, vollzieht sich in rasanter Weise auch auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg.

Privatisierung wird abgelehnt

Denn mit der Renaissance eines starken Staates erleben wir auch eine Renaissance der



öffentlichen Hand im Land – und damit die Renaissance sozialdemokratischer Werthaltungen und Grundverständnisse vor Ort. Es ist in diesen schwierigen Zeiten aktueller denn je, dass die Einrichtungen und Leistungen unserer öffentlichen Daseinsvorsorge allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrer materiellen Leistungsfähigkeit zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen müssen. Diese zu gewährleisten und zu erbringen, ist die Kernaufgabe unserer Städte und Gemeinden – und deshalb lehnen wir die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen entschieden ab!

Bereits im letzten Jahr haben wir dies in unseren kommunalpolitischen Eckpunkten für 2009 ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Und dies bleibt dabei nichts Abstraktes: Wir wollen öffentliche Aufgaben wie den Nahverkehr, die Müll- und Abwasserbeseitigung, Wohnungsbau, Krankenhäuser, Altenheime, Bibliotheken, Friedhöfe, Hallen- und Freibäder sowie viele weitere sozialen Dienste in öffentlicher Hand belassen. Auch Strom- und Wassernetze wollen wir in kommunalem Eigentum behalten bzw. dort, wo sie in der Vergangenheit an Energiekonzerne übertragen worden sind, wieder dorthin zurückführen.

Mobilisierung für öffentliche Daseinsvorsorge

Dass dieser Ansatz in jeder Hinsicht der richtige ist, das zeigt auch ein Blick in die Vergangenheit und Gegenwart mit nur einigen wenigen Paradebeispielen: Es kam nicht von ungefähr, dass die Freiburger im Jahr 2006 auf Initiative der dortigen SPD in einem Bürgerbegehren gegen das Vorhaben von Schwarz-Grün gestimmt haben, den gesamten städtischen Bestand von 9000 Wohnungen zu verscherbeln. Nicht von ungefähr sind es gerade Stadtwerke wie in Schwäbisch Hall oder Waldkirch, die unter Führung von SPD-Oberbürger-

meistern mit einer fairen Preispolitik, hohem Engagement für umweltfreundliche Energiekonzepte und zuverlässigem Service für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten. Und nicht von ungefähr ist selbst der CDU-Oberbürgermeister in der Landeshauptstadt auf permanenten Druck der Stuttgarter SPD hin jetzt plötzlich bereit, erste Schritte zum Rückkauf der dortigen Wasser- und Energieversorgung in die Wege zu leiten. Es liegt nun allein an uns, dass wir mit diesem „Winnerthema“ gemeinsam mit vollem Schwung in die heiße Wahlkampfphase gehen und die Menschen für uns mobilisieren!

Dass die Wahrung unserer öffentlichen Daseinsvorsorge in den Kommunen auch ganz maßgeblich von der weiteren Rechtsetzung auf europäischer Ebene abhängt, ist bekannt. Umso größer ist unsere Chance, die Kommunalwahl zusammen mit der Europawahl am 7. Juni zu einer Richtungsentscheidung für die Zukunft zu machen – entweder für eine handlungsfähige öffentliche Hand zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger, oder für eine ungezügelte Liberalisierung zum Schaden der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Sozialdemokratisierung der Politik fängt gerade erst an.

Herzlich,
Eure

Ute Vogt
SPD-Landesvorsitzende

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Andreas Reißig
SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 0711 619 36-31
Fax 0711 619 36-55
Email: andreas.reissig@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

PETER FRIEDRICH NEUER GENERALSEKRETÄR



Der Konstanzer Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Peter Friedrich ist neuer Generalsekretär der SPD Baden-Württemberg. Der SPD-Landesvorstand hat den 36-jährigen auf Vorschlag von Ute Vogt bis zum nächsten Landesparteitag als kommissarischen Generalsekretär zum Nachfolger von Jörg Tausch gewählt.

Peter Friedrich ist Diplom-Verwaltungswissenschaftler und seit 2005 Bundestagsabgeordneter für den Kreis Konstanz. In der Bundestagsfraktion ist er Sprecher der „Youngsters“. Peter Friedrich ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Mehr über den neuen SPD-General auf www.spd-bw.de und www.peter-friedrich.info

AUS DEM PARTEILEBEN

LANDESKONFERENZ DER JUSOS



Unter dem Motto „Unser Europa: grenzenlos, zeitlos... Jusos!“ entwarf der SPD-Nachwuchs auf der Juso-Landesdelegiertenkonferenz Anfang März in Ravensburg

seine Vision von einem sozialen Europa. Hauptredner der Landeskonzferenz waren die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt, Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel, die Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel und der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der Porsche AG, Uwe Hück.

Neben den inhaltlichen Diskussionen standen auch turnusgemäß Neuwahlen an. Frederick Brütting aus Aalen wurde zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der bisherige Chef der Südwest-Jusos, Roman Götzmann, hatte nach drei Jahren im Amt nicht mehr kandidiert. Als stellvertretende Juso-Landesvorsitzende wurden Stephan Binsch (Sigmaringen), Kathrin Röwer (Karlsruhe-Land), Fabian Rothfuss (Tuttlingen), Marlene Steg (Heilbronn), Frederic Striegler (Bi-

berach), Natalie Wöllenstein (Konstanz) und Mark Zanger (Rastatt/Baden-Baden) gewählt.

Nahezu einstimmig beschlossen die 140 Jusos einen Antrag, mit dem sie den Vorstand der Landesbank Baden-Württemberg zum Rücktritt aufforderten. „Die Verantwortlichen der Landesbank haben mit ihrer Beteiligung an spekulativen Finanzgeschäften den Steuerzahlern einen Bärendienst erwiesen“, stellte der neue Juso-Landesvorsitzende Frederick Brütting fest.



RASTATTER RUNDE: VERBINDUNG VON BUNDES- UND KOMMUNALPOLITIK

„Rastatter Aschermittwoch: Antworten auf die Wirtschaftskrise“ – unter diesem Motto diskutierten auf Einladung des dortigen Ortsvereins Katja Mast (MdB und Arbeitsmarktexpertin), Jens-Ole Olsen (Leiter der Agentur für Arbeit), Claudia Peter (IG Metall Gaggenau) und der Sozi-

TERMINE APRIL 2009

FREITAG, 3.
SGK-Landesvorstand, Sinsheim

SAMSTAG, 4.
SGK-Landesdelegiertenkonferenz, Sinsheim

Gesprächskreis „Christen in der SPD“ mit Wolfgang Thierse, Stuttgart

MONTAG, 20.
AGS-Landesvorstand, Stuttgart

SAMSTAG, 25.
Dezentrale Veranstaltungen zur Europawahl in den Regierungsbezirken ASF-Landesausschuss, Tübingen

ASF-Landesausschuss, Tübingen

MITTWOCH, 29.
AG 60plus-Landesvorstand, Stuttgart



KULTUR IN DEUTSCHLAND
Kulturgespräch mit Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und Helen Heberer Mdl

4. April, 11.15 Uhr
in der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, Urbanstraße 25 in Stuttgart
Anmeldungen über Fax.: 07 11/24 83 94-50 oder E-Mail: beate.wojzich@fes.de



Auch in diesem Jahr bietet die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken wieder politische Ferienfreizeiten und Seminare für Kinder und Jugendliche an, zum Beispiel ein Jugendzeltlager in Italien für 359 Euro. Mehr Informationen auf: www.sjd-falkenbw.de

TERMINVORSCHAU MAI 2009

SONNTAG, 10.
Bundesweite Programmkonferenz zur Bundestagswahl mit Frank-Walter Steinmeier, Franz Müntefering und Martin Schulz, Karlsruhe

FREITAG, 15.
Landesweite Programmkonferenz zur Bundestagswahl mit Ute Vogt und Andrea Nahles, Stuttgart

albürgermeister von Baden-Baden, Kurt Liebenstein; eine Aktion, die leicht auf andere Ortsvereine übertragbar ist. Die Verbindung von Bundespolitik mit Kommunalpolitik durch das von Frank-Walter Steinmeier entwickelte kommunale Investitionsprogramm einerseits sowie die großen Verbesserungen bei der Kurzarbeit mit Qualifizierung andererseits kommen in Rastatt und Umgebung an. Klar wurde auch, dass die notwendige Regulierung der Leiharbeit und die Einführung flächendeckender Mindestlöhne nur mit der SPD in der Regierung möglich sind.

HERZLICHE GLÜCK-WÜNSCHE

IM APRIL

ZUM 80. GEBURTSTAG
an Wilhelm Auch-Schwelk in Bempflingen, Herbert Backenstos in Karlsruhe, Helmut Bär in Renningen, Helmut Bender in Gernsbach, Rolf Daubenthaler in Eppingen, Ursula Dressler in Rielasingen-Worblingen, Alfred Elsässer in Mannheim, Horst Fritzlaff in Sindelfingen, Wilhelmine Hoock in Weinheim, Maria Keller in Bretten, Günter Kiefer in Freiburg, Ernst Krause in Malsch, Werner Krauth in Mannheim, Arno Laesch in Mannheim, Karl Lienert in Hohberg, Walter Link in Wertheim, Brigitte Lipp in Horb, Hans Nording in Denkendorf, Else Offner in Bopfingen, Hildegard Ostertag in Tamm, Maria Prade in Althütte, Elfriede Reichert in Stuttgart, Liselotte Richini in Waldshut-Tiengen, Waldemar Rostock in Meckesheim, Marianne Schaaf in Alfdorf, Edeltraud Seifried in Calw, Albert Taeger in Lahr, Paul Weilbacher in Heilbronn, Hans-Günter Weiler in Villingen-Schwennigen, Herbert Weiss in Heilbronn und an Richard Weisinger in Pforzheim

ZUM 90. GEBURTSTAG
an Johann Barthelmess in Stuttgart, Alfred Beurer in Radolfzell, Robert Brosam in Crailsheim, Herta Hochapfel in Wertheim, Ursula Kruse in Weinheim, Martha Maletz in Giengen, Elfriede Roos in Bad Schönborn und an Erich Schleifer in Karlsruhe

ZUM 95. GEBURTSTAG
an Anna Kessler in Esslingen, Gisela Lind in Ravensburg, Luise Metzler in Offenburg und an Emma Pflaum in Steinen

ZUM 96. GEBURTSTAG
an Emma Klein in Weinheim und an Gertrud Schanz in Neu-Ulm

ZUM 97. GEBURTSTAG
an Margarete Herold in Stuttgart und an Waldemar Krafft in Ispringen

ZUM 100. GEBURTSTAG
an Gertraude Ils in Freiburg

ZUM 50. PARTEIJUBILÄUM
an Georg Brand in Heilbronn, Lothar Daniel in Sindelfingen, Norbert Egger in Mannheim, Herta Friede in Reichenbach, Willy Godel in Leingarten, Martin Hambrecht in Sandhausen, Kurt Henninger in Ubstadt-Weiher, Erwin Humbert in Bruchsal, Arnold Kienzler in Furtwangen und an Walter Mochel in Böblingen

ZUM 60. PARTEIJUBILÄUM
an Manfred David in Mannheim und an Werner Hausch in Karlsruhe

AUSSENPOLITIK IN DER GLOBALISIERTEN WELT

Von Johannes Jung MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Europa und in Deutschland hat den Regierungswechsel in den USA herbeigesehnt. Neben der Faszination für das Ehepaar Obama steht dahinter der Wunsch nach einer fundamental anderen internationalen Politik. „Achse des Bösen“, „Koalition der Willigen“ und „Kreuzzüge“ sollen der Vergangenheit angehören. Aber was nun? Wer sich bisher Multilateralismus wünschte und eine kooperative Außenpolitik in Bündnissen, kann sich auf Angebote zur Zusammenarbeit gefasst machen, die zu überfälligen Debatten führen werden.

Die Welt braucht dringend mehr demokratische und reiche Staaten, die sich der Globalisierung mit menschlichem Antlitz verschreiben. Dazu gehört der größte und – Krise hin, Krise her – wirtschaftsstärkste Mitgliedsstaat der Europäischen Union: Deutschland. Die EU ist das leuchtende Vorbild für Befriedung

und Zusammenarbeit in dieser Welt. Wollen wir die globalisierte Welt einer frühkapitalistischen Diktatur wie China überlassen? Nein! Deshalb müssen wir endlich europäische Interessen für eine demokratische und friedliche Entwicklung der Welt benennen und organisieren.

Nicht nur Amerika, auch wir müssen uns ändern. Wir müssen unsere Politik und unsere geistige Haltung globalisieren. Das europäische Idol Obama wird darauf nicht lange warten können. Die Auflösung des Lagers Guantanamo und die Fragen um die Aufnahme unschuldiger Insassen ist nur ein Vorgeschmack. Deutschland muss also in Zukunft mehr tun: Bei der Rolle der Osteuropäer und Russlands in Sachen Demokratisierung und Zusammenarbeit in EU und NATO, beim zivilen Aufbau im Irak, bei der Polizeiausbildung in Afghanistan, bei der iranischen Nuklearkrise, bei der Energiepolitik gemeinsam mit Nordafrika und

Zentralasien – um nur einige Beispiele zu nennen.

Deshalb hoffe ich, dass der NATO-Gipfel in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden nicht nur als riesiges Verkehrshindernis in Erinnerung bleibt. Hier muss zum 60sten Jahrestag ihres Bestehens nicht über die Erweiterung der NATO, sondern über ihre zukünftigen Aufgaben, das Verhältnis zu Russland und über eine neue Strategie für Afghanistan/Pakistan gesprochen werden. Und das entlang der Maßgabe des neuen US-Vizepräsidenten Joe Biden, die den Grundüberzeugungen der Sozialdemokratie entspricht: „Es wird keinen Konflikt zwischen unseren Werten und unserer Politik geben“. Wer den Erfolg von Obama, wer Zusammenarbeit und tatsächlichen Multilateralismus will, darf Deutschland nicht fernhalten, sondern muss ein engagierter Partner sein für eine friedlichere, für eine bessere Welt.



Johannes Jung